

**Gesamtvertrag
zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52 a UrhG**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein,
der Freistaat Thüringen,

im Folgenden: die Länder

vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Josef Erhard, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, und Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz,

einerseits und

die folgenden Verwertungsgesellschaften

VG Musikedition,
GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte),
VG WORT (Verwertungsgesellschaft Wort),
VG Bild-Kunst (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst),
GVL (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten),
VFF (Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten m.b.H.),
VGF (Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken m.b.H.),
GWFF (Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten m.b.H)

im Folgenden: die Verwertungsgesellschaften

vertreten durch Herrn Prof. Dr. Ferdinand Melichar (VG Wort)

andererseits

vereinbaren zur Umsetzung von § 52 a des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) folgenden

Gesamtvertrag

§ 1

Vertragsgegenstand

(1) Dieser Vertrag regelt die Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche aus § 52 a Abs. 4 UrhG für das öffentliche Zugänglichmachen von Werken oder Werkteilen für Zwecke des Unterrichts an den Schulen.

(2) Schulen i. S. von Absatz 1 sind alle öffentlichen (staatliche oder kommunale) und privaten Schulen im Sinne der Schulgesetze der Länder ohne die privaten Schulen des Landes Bremen.

§ 2

Begriffsbestimmungen / Voraussetzungen der öffentlichen Zugänglichmachung

(1) Im Sinne des Vertrages gelten als:

- a. kleine Teile eines Werks maximal 12 % eines Werks, bei Filmen jedoch nicht mehr als fünf Minuten Länge;
- b. Teile eines Werks 25 % eines Druckwerks, jedoch nicht mehr als 100 Seiten;
- c. Werk geringen Umfangs:
 - ein Druckwerk mit maximal 25 Seiten, bei Musikeditionen maximal sechs Seiten
 - ein Film von maximal fünf Minuten Länge
 - maximal fünf Minuten eines Musikstücks, sowie
 - alle vollständigen Bilder, Fotos und sonstigen Abbildungen

(2) Die öffentliche Zugänglichmachung darf stets nur für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Unterrichtsteilnehmern zur Veranschaulichung für Zwecke des Unterrichts erfolgen.

(3) Eine öffentliche Zugänglichmachung gemäß § 52 a UrhG muss stets zu dem Zweck des Absatzes 2 geboten sein. Das ist nur der Fall, wenn das Werk nicht in zumutbarer Weise vom ausschließlichen Rechteinhaber in digitaler Form für die Nutzung im Netz der Schulen angeboten wird.

§ 3

Leistungen

(1) Die Länder erfüllen im Rahmen des § 1 Abs. 1 die den Verwertungsgesellschaften zustehenden oder von ihnen wahrgenommenen Ansprüche gegen die Träger der Schulen gemäß § 1 Abs. 2. Soweit die Länder nicht Träger des Schulaufwands sind, zahlen sie anstelle der Träger mit befreiender Wirkung für diese.

(2) Die Verwertungsgesellschaften stellen die Länder und die Träger der Schulen von allen Ansprüchen gemäß § 1 Abs. 1 frei.

§ 4

Vergütung

(1) Die Länder zahlen an die VG WORT mit befreiender Wirkung gegenüber allen in diesem Vertrag genannten Verwertungsgesellschaften für die Zeit vom 13. September 2003 bis 31. Juli 2009 einen pauschalen Betrag von

€ 1.900.000,--

(i.W. Eine Million Neunhunderttausend Euro).

Auf die Haushaltsjahre 2004 (Schuljahr 2003/04) und 2005 (Schuljahr 2004/05) entfällt ein Betrag von je € 200.000,--, auf das Haushaltsjahr 2006 (Schuljahr 2005/06) ein Betrag von € 300.000,-- und auf die Haushaltsjahre 2007 bis 2009 (Schuljahre 2006/07 bis 2008/09) jährlich ein Betrag von je € 400.000,--. Die Jahresbeträge für die Jahre 2004 mit 2006 werden nach Inkrafttreten dieses Vertrages fällig; die Verwertungsgesellschaften gewähren den Ländern folgende Zahlungsziele:

€ 350.000,-- zum 15. Juni 2007 und

€ 350.000,-- zum 15. Juni 2008.

Die weiteren Jahresbeträge werden jeweils am 15. Juni des jeweiligen Jahres fällig.

Diesem Gesamtbetrag liegt die Schülerzahl zum Stichtag 1. Oktober 2004 zu Grunde. Im Jahresbetrag ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

(2) Wird die Geltungsdauer des § 52 a UrhG nicht über den 31. Dezember 2008 hinaus verlängert, ermäßigt sich der Jahresbetrag für das Haushaltsjahr 2009 auf € 200.000,--.

(3) Eine Nachforderung oder Rückforderung - gleich aus welchem Grund - wird ausdrücklich ausgeschlossen.

(4) Der Anteil der Länder am Zahlbetrag errechnet sich entsprechend dem Königsteiner Schlüssel in seiner jeweils gültigen Fassung. Für die Zahlungen für die Jahre 2004-2006 nach Absatz 1 gilt die im Bundesanzeiger 2005, Seite 9366 festgestellte Fassung.

§ 5

Auskunftsanspruch

(1) Der Auskunftsanspruch der Verwertungsgesellschaften gilt durch die im Jahre 2005 durchgeführte repräsentative Erhebung der Schulverwaltungen der Länder als erfüllt.

(2) Die Vertragsparteien vereinbaren eine neue repräsentative Erhebung - entsprechend der im Jahre 2005 durchgeführten Erhebung - für das Schuljahr 2007/08, die bis spätestens 1. März 2008 abgeschlossen sein soll. Die Modalitäten werden rechtzeitig gemeinsam festgelegt.

(3) Darüber hinaus werden im Schuljahr 2007/08 und im Schuljahr 2008/09 pro Land an 10 v.H. aller Schulen der Sekundarstufe II, die urheberrechtlich geschützte Inhalte nach § 52 a UrhG in Intranets einstellen, ergänzende Erhebungen durchgeführt, welche Inhalte zum Zwecke der Nutzung im Rahmen des Unterrichts in Intranets eingestellt wurden. Dabei sollen Angaben über den Schöpfer des Werkes (Autor) sowie bei Inhalten aus Druckwerken der Titel, der Verlag und die eingespeicherten Seitenzahlen erhoben werden.

§ 6

Laufzeit, Kündigung, Änderungsbegehren, Inkrafttreten

(1) Der Vertrag beginnt am 13. September 2003 und endet am 31. Juli 2009. Danach verlängert sich die Laufzeit jeweils um ein Jahr, sofern nicht einer der beiden Vertragsparteien sechs Monate vorher gekündigt hat. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Der Vertrag kann in beiderseitigem Einvernehmen für die Zeit der Vertragsverhandlungen bis zum Abschluss eines Folgevertrags weiter angewendet werden. Der Vertrag endet vorzeitig an dem Tag, an dem § 52 a UrhG außer Kraft tritt.

(2) Auch ohne Kündigung des Gesamtvertrags kann jede Vertragspartei alle zwei Jahre - frühestens jedoch 2009 - jeweils mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende eine Neuverhandlung der Tarife fordern. Die Forderung muss schriftlich begründet werden.

(3) Dieser Vertrag tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

München, den 26. Juni 2006